Nummer 47 Berlin, den 19. November 1926 38. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O.34, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Lehms, Berlin O.34 Memeler Straße 8/9 (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreigespaltene Zeile.

Amerika und wir.

Konjunktur und Arbeitslosenheere.

Die allgemeine Weltwirtschaftslage und das immer noch sehr langsame Aufblühen der europäischen Wirtschaft hat in führenden wirtschaftspolitischen Kreisen den Gedanken des einheitlichen Wirtschaftsgebietes Europa in den letzten Wochen wieder verstärkt lebendig werden und in die breiten Schichten der Bevölkerung dringen lassen. Das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika hat diesen Gedanken und die paneuropäische Bewegung letzten Endes geschaffen, wie Reichstagspräsident Löbe auch für seine Person am Donnerstag, den 28. Oktober, bei einer Aussprache festgestellt hat. Neben diesen von wirtschaftlichem Weitblick getragenen Gedanken beherrscht uns Deutsche ein innerwirtschaftlicher Zustand, der das Leben der Gesamtarbeiterschaft bestimmt und der uns einen besonderen Widersinn im deutschen Wirtschaftsleben zeigt.

Teilweise sehr starke Beschäftigung der Industrie — erhebliche Ueberarbeit — Arbeitslosenheere.

Mit diesen wenigen Worten ist der jetzige Zustand in Deutschlands Wirtschaft angedeutet. Besonders in der Textilindustrie sind die Verhältnisse sehr kraß. Aus allen Gebieten wird Ueberarbeit gemeldet und fast überall gibt es noch arbeitslose Menschen, die nach Arbeit hungern. Ueberstunden werden selbst in solchen Betrieben geleistet, in denen noch Maschinen unbenutzt stehen, weil es angeblich an Facharbeitern mangelt. So sagen die Unternehmer und kennzeichnen damit ihre Unterlassungssünden und ihr nur auf den Augenblick Eingestelltsein. Denn die Unternehmer sorgen nicht für Nachwuchs, sie wollen keine erwachsenen Arbeiter an- oder umlernen, um Unkosten zu sparen; sie pressen lieber aus dem vorhandenen und zu kleinen Stamme der Facharbeiter Mehrleistungen heraus, weil sie glauben, auf diese Weise höhere Profite zu erzielen. Für das deutsche Unternehmertum regiert der Erfolg der Stundel Es kümmert sich nicht um das Massenelend, ja; es ist der einen Industriegruppe sogar das Schicksal und Gedeihen der anderen gleichgültig, wenn im Augenblick von anderer Seite größerer Gewinn winkt.

Ein drastisches Beispiel bilden die vorgebrachten Klagen in den letzten niederrheinischen Handelskammersitzungen. Im Bezirk dieser Kammer macht sich „ein merkbarer Kohlenmangel fühlbar" und „es besteht die ernste Gefahr, daß eine Reihe von Betrieben stillgelegt werden muß, weil sie von den deutschen Zechen nicht mehr genügend Kohlen erhalten können".

Hie deutsch allewege, so predigt man den deutschen Arbeitern und kümmert sich selbst herzlich wenig um Deutschland. Und diese Kreise entrüsten sich noch, wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie zu wenig an das Gesamtschicksal der Wirtschaft und das mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundene Schicksal der Menschen denken, daß sie nur auf ihren Geldsack acht geben. Diese Kreise werden auch ihrer Entrüstung genügend laut und mit den gleich öden und unhaltbaren Gründen Ausdruck verleihen, wenn das von den Zentralgewerkschaften geforderte Notgesetz für Wiederherstellung des Achtstundentages zur Debatte steht. Die deutschen Unternehmer werden in ihrer Mehrzahl schreien und den Untergang der deutschen Wirtschaft als Schreckgespenst an die Wand malen, nur um das geforderte Notgesetz nicht Gesetz werden zu lassen, obwohl mit diesem Gesetz der Irrsinn des gegenwärtigen Zustandes beseitigt oder doch wesentlich gemildert werden soll und nur kann.

Denn mit Wiedereinführung des Achtstundentages werden der deutschen Wirtschaft wertvolle und jetzt brachliegende Arbeitskräfte zugeführt. Damit erhält die Wirtschaft zwei neue Anregungen. Einmal hebt sich die Kaufkraft der Masse und zum anderen werden die Unternehmer gezwungen, ihren Wirtschaftsapparat dem technischen Stand unserer Zeit anzupassen. Daneben wachsen durch die Beschäftigung bisheriger Erwerbsloser im Volke starke moralische Kräfte, die letzten Endes das Wirtschaftsleben wieder befruchten. Auch die mit dem Achtstundentag erzielte Freizeit für die jetzt Ueberstunden schaffenden Menschen wird günstig für die Wirtschaft sein.

Die deutschen Unternehmer werden das alles in Abrede stellen, sobald die Arbeitnehmer von diesen Dingen sprechen. Darum ist es gut, wenn in weiten Arbeiterkreisen einiges bekannt wird, was in Amerika schon Tatsache geworden ist. Denn die Vereinigten Staaten von Amerika als politisch einheitliches Gebilde mit dem großen durch nichts eingeengten inneren Markt den Gedanken zum einheitlichen Wirtschaftsgebiet Europa erzeugt haben und jetzt noch nähren, so müssen die praktischen Erfahrungen der amerikanischen Industrie bei uns wirken. Der amerikanische Unternehmer ist weitblickender als der deutsche und kann darum den deutschen Unternehmern manches Beherzigenswerte sagen. Auch wir Arbeiter finden in der alltäglichen Arbeit der amerikanischen Unternehmer Beweise für die Richtigkeit unserer Forderungen.

Es ist ein glücklicher Zufall, daß gerade jetzt, in der internationalen Presse, von Henry Ford ein Artikel erscheint, der über die fünftägige Arbeitswoche handelt. Lesen wir, was Henry Ford für uns wichtiges schreibt:

„Wir haben uns entschlossen, mit sofortiger Wirkung in allen Betrieben die fünftägige Arbeitswoche einzuführen. — Die Arbeiterschaft wird demnach für fünf Tage die Bezahlung erhalten wie für sechs Tage. — Der Arbeitstag wird nach wie vor acht Stunden dauern, Ueberstunden werden nicht geleistet. Wer am Samstag oder Sonntag arbeiten muß, wird dafür an zwei anderen aufeinanderfolgenden Tagen der Woche frei haben. — Ein volles Wochengehalt für eine kürzere Arbeitswoche verbürgt eine bessere Arbeitsmethode. — Würde die Industrie Amerikas heute zum Zehnstundentag zurückkehren, so könnte sie nicht gedeihen, denn die Bevölkerung würde dann keine Zeit, keine Mittel und kein Verlangen danach haben, die produzierten Güter zu konsumieren. — Jeder Unternehmer muß einsehen, daß die Muße der Arbeitenden weder „verlorene Zeit" noch das Privileg einer Klasse ist."

So Henry Ford, und damit sagt er den deutschen Unternehmern einige Wahrheiten, die sie sich nicht hinter den Spiegel stecken sollten, weil ihnen ähnliches schon von den deutschen Arbeitern gesagt wurde. Jedenfalls beweisen diese Ausführungen Henry Fords, daß die deutsche Arbeiterschaft gesunde und die Wirtschaft belebende Forderungen stellt. Das Notgesetz muß Gesetz werden, zumal es Tausenden von Arbeitslosen die gewünschte Arbeit bringt. Im Kampfe um dieses Gesetz müssen die Arbeiter in den Betrieben das Ueberstundenunwesen schon jetzt zumindest dort unbedingt ablehnen, wo noch Arbeitslose die Straße bevölkern. Die Arbeitsnachweise sollten von Gewerbeaufsichtsbehörden und vom Reichsarbeitsministerium fordern, daß keine Ueberarbeit geduldet wird, solange in ihrem Bezirk noch Arbeitslose vorhanden sind. In diesem Sinne wirken ist auch Kampf für das geforderte Notgesetz.

Der Inhalt dieses Gesetzes muß klar, verständlich und eindeutig sein, damit für die Zukunft die jetzt bestehenden Arbeitszeitverhältnisse nie wiederkehren können. Es muß unmöglich gemacht werden, daß Männer ohne Erlaubnis unbeschränkte Zeit beschäftigt werden können und daß Sozialverwaltungen die Erlaubnis geben zur Ueberschreitung der in der Gewerbeordnung niedergelegten besonderen Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche. Im Notgesetz müssen überhaupt diese Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung erweitert werden, d. h. der Höchstarbeitstag für Frauen und Jugendliche beschränkt und die Pausen unveränderlich festgelegt werden. Eine nähere Darlegung über den erforderlichen Inhalt des Notgesetzes geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus. Er sollte nur die wirtschaftliche und soziale Seite der Wiederherstellung des Achtstundentages begründen und damit beweisen,

das Notgesetz muß kommen!

Darum, ihr Schwestern und Brüder der Arbeit, klärt die Fernstehenden auf, werbt für eure Gewerkschaften, stärkt ihre Reihen und erhöht so die Kampfkraft für die Erreichung der gesteckten Ziele.

August Friedrich.

Die Organisation des Textilkapitals.

Von A. Kernchen.

(8. Fortsetzung.)

Den größten deutschen Wollkonzern zog die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen auf. Er ist zugleich der älteste Textilkonzern Deutschlands. Das Mutterunternehmen wurde 1884 mit einem Grundkapital von 1 500 000 Mark gegründet. Die Expansion begann bereits im Jahre 1897. In diesem Jahre erfolgte der Erwerb der Joh. W. Paap'schen Wollkämmerei, Kammgarnspinnerei und Färberei in Bahrenfeld. Ein Jahr später wurden die Wollgarnfärberei von F. H. Platt in Mühlhausen i. Thür., die Wollgarnfabrik und Wollgarnfärberei von Hohmann u. Co. in Fulda und die Kammgarnspinnerei von Burmann u. Co. in Kappel i. Sa. angegliedert sowie die Glücksbrunner Kammgarnspinnerei zu Glücksbrunn bei Liebenstein mit dem Mutterunternehmen verschmolzen.

Die zweite Ausdehnungsperiode setzte im Jahre 1904 ein durch Ankauf des Etablissements der in Liquidation getretenen Mitteldeutschen Kammgarnspinnerei und Färberei in Mühlhausen i. Thür. 1905 übernahm die Gesellschaft das gesamte Aktienkapital der Hamburger Wollkämmerei Reiherstieg bei Hamburg und beteiligte sich mit einem größeren Kredite an der Gründung der Gesellschaft für Woll- und Seidenindustrie, Koppe u. Wetjen, welche das Garngeschäft der Firma Math. Salcher u. Söhne in Wien aufnahm und fortsetzte. Die Generalversammlung vom 6. April 1906 genehmigte einen Fusionsvertrag mit der Eisenacher Kammgarnspinnerei A.-G. 1906/1907 wurde auch die Kammgarnspinnerei Weiß jr. u. Co. in Langensalza erworben. Im Februar 1907 kam ein Interessengemeinschaftsvertrag mit der Sächsischen Wollgarnfabrik vormals Tittel u. Krüger in Leipzig-Plagwitz zustande, von deren 5 000 000 Mk. betragenden Aktienkapital die Norddeutsche Wollkämmerei 1906—1912 3 379 000 Mark übernahm. Die außerordentliche Generalversammlung vom 26. Februar 1907 genehmigte den Erwerb der Firmen Berlin-Neuendorfer Aktienspinnerei in Romawes, Bischoff u. Rodatz, Hamburg, und Winkler u. Co., Hamburg. Im selben Jahre wurde auch die Seifenfabrik Hoepner u. Sohn in Bremen gekauft, welche die in Delmenhorst errichtete Seifen- und Cremefabrik der Norddeutschen Wollkämmerei übernahm und als Delepsa-Werke G. m. b. H. betreibt. 1909 beteiligte sich das Mutterunternehmen bei der Schäferei Nomtsas G. m. b. H. in Südwestafrika und 1911 bei der Neudeker Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei A.-G. in Neudek (Tschechoslowakei). 1915 wurde die Dresdener Kammgarnspinnerei von Creutznach u. Scheller gekauft.

Im Juni/Juli 1920 nahm die Norddeutsche Wollkämmerei eine Umformung ihres Konzernaufbaues vor, indem sie für ihre sämtlichen Zweigniederlassungen Gesellschaften mit beschränkter Haftung gründete, an die die verschiedenen Werke verpachtet wurden. Solche Betriebsgesellschaften m. b. H. bestehen gegenwärtig in Delmenhorst, Bahrenfeld b. Altona, Hamburg, Chemnitz-Kappel, Mühlhausen i. Thür., Dresden, Langensalza, Eisenach, Glücksbrunn b. Liebenstein, Fulda und Romawes. 1921/1922 erwarb die Gesellschaft je eine Million Pesos Aktien der argentinischen Wollhandelsfirma „Sociedad Anonima de Exportacion é Importacion Lahusen & Cia., Limitada, Buenos Aires". Gegen Ende des Jahres 1921 trat das Bremer Unternehmen mit der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern in engere Beziehung „zum Zwecke der Bearbeitung und Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen". Nach außen kam dies zum Ausdruck durch die Entsendung von Verwaltungsmitgliedern jeder Gesellschaft in den Aufsichtsrat der anderen Gesellschaft sowie durch einen mehrmalig erfolgten Austausch von Aktien. 1924 erwarb die Muttergesellschaft die Mehrheit des Aktienkapitals der Wollhaarkämmerei und Spinnerei Hainichen A.-G. in Sachsen. Diese Untergesellschaft hatte sich im Jahre 1923 die Süddeutsche Woll- und Haargarn-Spinnerei in Ebersbach a. d. Fils angegliedert. Im Sommer 1926 ging die Aktienmajorität der Kammgarnspinnerei Wernshausen in Niederschmalkalden und ein größeres Aktienpaket der Bautzener Tuchfabrik A.-G. in Bautzen an die Norddeutsche Wollkämmerei über.

Diese gewaltige Entwicklung ist nach einem vor der Eröffnung der diesjährigen Leipziger Herbstmesse gehaltenen Vortrage des Herrn Dr. Schmidt (NWK.-Bremen) zurückzuführen „auf die sichere Führung, sowie die Mitarbeit einsichtiger und hochgesinnter Beamten und ebenso williger wie geschickter Arbeiter". Das Unternehmen überrage schon für sich allein, vielmehr aber zusammen mit den ihr nahestehenden Gesellschaften, der Neudeker Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei A.-G., Neudek in Böhmen, der Lahusen u. Co., G. m. b. H., Wien, der Sächsischen Wollgarnfabrik vorm. Tittel u. Krüger, Leipzig-Plagwitz, der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern und der Wollhaarkämmerei und Spinnerei A.-G., Hainichen in Sachsen, sämtliche gleichartigen Unternehmen des Kontinents an Größe und Leistungsfähigkeit.

Die N. W. u. K., wie sie kurz genannt wird, verfügt nach diesem Vortrage über 25 Waschbatterien und etwa 260 000 Spinnspindeln; unter Einschluß der mit der N. W. u. K. eng verbundenen Gesellschaften erhöht sich die Zahl der Waschbatterien auf 33 und die Zahl der Spinnspindeln auf rund 480 000. Demgegenüber wurde die Gesamtzahl der deutschen Kammgarnspindeln mit rund 2 260 000 angegeben. Bemerkenswert war weiter, daß die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, in diesem Jahre zum ersten Male ihre höchste Friedensproduktion überschreiten und damit zu einer Rekordproduktion in ihrer Entwicklungsgeschichte überhaupt gelangen wird. Die N. W. u. K. rechnet in diesem Jahre mindestens mit einer Produktion von 13 Millionen Kilogramm Kammgarn.

Im Gegensatz zu den meisten Baumwollgruppen stehen die Gewinne der Norddeutschen Wollkämmerei und der ihr nahestehenden deutschen Aktiengesellschaften hinter den entsprechenden der Vorkriegszeit weit zurück. Dies zeigt untenstehende Tabelle:

Das Aktienkapital der N. W. u. K. befindet sich zu einem großen Teil in Händen der Familie Lahusen. Nach einem 1925 in der „Textilwelt" erschienenen Aufsatz von Dr. Hans Harder „Der Konzern der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei" verfügt diese Familie wahrscheinlich über die qualifizierte Minorität des Aktienkapitals. Direktoren des Unternehmens sind G. Karl Lahusen und Dipl.-Ing. Heinz Lahusen, stellvertretende Direktoren F. Hartong und Dr. Fritz Meister. Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus Senator Hermann Rodewald, Vorsitzender, Reichsgerichtsrat a. D. Dr. Lahusen, stellvertretender Vorsitzender, Fr. G. von Eichel-Streiber, Eisenach, Heinrich Lahusen, Bremen, Geh. Kommerzienrat Leonhard, Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Richard Freiherr von Swaine, Güntersleben bei Gotha und Generalkonsul Dr. Strube, Bremen. Diese 11 Herren sind außer an den bereits erwähnten Unternehmen noch an zusammen zirka 70 weiteren Unternehmen interessiert, darunter Banken, Treuhandgesellschaften, Versicherungsunternehmen, Schiffswerften, Reedereien, Kohlengruben, Maschinenfabriken, Mühlenwerke, Tabakfabriken, Ueberseehandelsgesellschaften usw.

Schließlich besitzt die N. W. u. K. unseres Wissens noch Beteiligungen bei folgenden Gesellschaften: Wollzentrale Wien, „Securitas" Bremer Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Bremen, Gesellschaft deutscher Kammgarnspinnereien G. m. b. H. in Berlin, Staatsmoorgesellschaft A.-G. in Oldenburg. Landwirtschaftliche Betriebe G. m. b. H. in Delmenhorst, Einkaufsgemeinschaft der Kammgarnspinnereien G. m. b. H. in Reichenberg (Tschechoslowakei), Großeinkaufsstelle für industrielle Konsumanstalten Oesterreichs G. m. b. H., Kammgarnweberei Gera A.-G. in Gera — die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft ist in Händen des Heyne-Konzerns.

Der Gesamtgrundbesitz der N. W. u. K. wird 1925 mit 302,54 Hektar angegeben. Diese Zahl erhöht sich aber noch beträchtlich, wenn man den Grundbesitz der beeinflußten und inzwischen erworbenen Unternehmen hinzurechnet.

Wie die meisten industriellen Großbetriebe, so hat natürlich auch die N. W. u. K. auf ihre Weise Sozialpolitik betrieben, indem sie Beamten- und Arbeiterwohnhäuser, Krankenhäuser, Mädchen- und Jünglingsheime, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Kindergärten, Badeanstalten, Wirtschaften, Konsumvereine, Bäckereien usw. in Delmenhorst, Neudek, Bahrenfeld, Glücksbrunn, Eisenach, Mühlhausen, Langensalza und Kappel errichtete.

Man sieht daraus, daß der Konzern seinen Einfluß nicht nur auf industriellem Gebiete zur Geltung bringen wollte und ihn ausdehnte bis zur Erzeugung des Rohprodukts, sondern auch suchte, die Arbeitnehmer in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, sie an den Betrieb zu fesseln und völlig zu entrechten. Man ging sogar so weit, daß man Arbeiter auf gelbe „Volkshochschulen" (?) sandte und durch Heranziehung von Polizisten eine regelrechte Betriebspolizei schuf. Man scheute keine Mittel, ein Spitzelsystem großzuziehen, eine Prätorianergarde zum Schutze vor den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu schaffen, um Bresche zu schlagen in die Geschlossenheit der Arbeiter.

Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! Euer freies Mitbestimmungsrecht ist nur gewährleistet durch eine geschlossene Organisation im Deutschen Textilarbeiterverband!

(Fortsetzung folgt.)

Firma	Gründungsjahr	Aktienkapital 1914 Mk	Aktienkapital 1925 Mk	Reingewinn 1914 Mk	Reingewinn 1925 Mk	Dividende 1914 Proz.	Dividende 1925 Proz.	Durchschnittsdividende*) Proz.
Nordd. Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei	1884	22 500 000	32 750 000	4 483 638	2 431 367	10	6	1886—1925: 10,9
Hamburger Wollkämmerei, Wilhelmsburg	1890	3 500 000	3 500 000	303 121	3 224	4	0	1890—1925: 3,6
Kammgarnspinnerei Kaiserslautern	1857	4 000 000	3 990 000	519 110	91 465	8	3⅓	1886—1925: 10,5
Sächsische Wollgarnfabrik, Leipzig-Plagwitz	1887	5 000 000	6 000 000	852 204	886 136	10	10	1887—1925: 8,4
Woll-Haar-Kämmerei u. Spinnerei, Hainichen	1917	—	975 000	—	?	—	?	—
Kammgarnspinnerei Wernshausen	1881	1 500 000	4 015 000	208 068	2 394 259 **)	8	0	1886—1925: 8
Bautzner Tuchfabrik	1872	609 300	1 720 000	126 449	476 902 **)	6	0	1886—1925: 3,7

*) Außer 1922/23. **) Verlust.

Inhalt: Amerika und wir. — Die Organisation des Textilkapitals (S. Forts.). — Konsumfinanzierung. — Internationale Zusammenarbeit. — Die Pfändung des Krankengeldes. — Arbeitskonferenz der Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das rechtsrheinische Tarifgebiet. — Frauenteil. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet. — Aus der Textilindustrie. — Aus dem Unternehmerlager. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Konsumfinanzierung.

Alle Welt will heute alle Welt mit Waren versorgen. Zu diesem Zwecke gründet man Konsumfinanzierungen. Die arbeiten so: Der Kunde geht in irgendein Warenhaus oder Spezialgeschäft und bekommt die Ware, auch wenn er nur einen Teil der Kaufsumme erlegt. Den Rest bleibt er vorerst schuldig. Der Verkäufer, der die Ware auf Kredit gibt, steht mit einer Bank oder mit einer Bankgruppe in Verbindung. Von dieser erhält er nach abgeschlossenem Kauf die Restsumme ausbezahlt. Kreditgeber wird nun die Bank, die die Restsumme in monatlichen Raten von dem Käufer und Schuldner eintreibt. Gewöhnlich sieht man Ratenzahlungen für einen Zeitraum von 4, 5 oder 6 Monaten vor. Dafür berechnet die Bank einen Aufschlag, der ungefähr zwischen 5 bis 10 Proz. liegt.

* * *

Selbstverständlich ist es ein ganz bestimmter Kreis von Menschen, der diese Konsumfinanzierungen in Anspruch nimmt. Wer über genügend Geldmittel verfügt, geht naturgemäß auf einen solchen Warenkredit nicht ein. Einmal braucht er bei Barzahlung den Zuschlag der Bank nicht mitbezahlen, des anderen zahlt er schon deshalb in bar, weil der Geschäftsmann von heute bei Barzahlung gern eine entsprechende Vergütung in Geld oder Ware gewährt. Wer bar zahlt, kauft billiger, und wer Warenkredite in Anspruch nimmt, erhält verteuerte Ware. Andererseits hat aber der Verkäufer, wenn über den Warenkredit gekauft wird, ganz besondere Vorteile. Er kann seine Lieferanten, den Großhandel oder den Fabrikanten, sehr schnell bezahlen, weil ihm ja die Bank den vollen Preis der Ware zur Verfügung stellt. Zahlt er aber sofort oder vor Ablauf der ihm vom Fabrikanten gesetzten Frist, so kommt er in den Besitz eines ganz bestimmten Rabatts. Der Lieferant, der Großhändler oder der Fabrikant haben aber die Gewißheit, daß sie für die gelieferte Ware ihr Geld bekommen. Sie riskieren nicht, von dem Kleinhändler mit den Zahlungen im Stich gelassen zu werden. Das beste Geschäft macht aber natürlich die Bank. Sie sieht sich selbstverständlich die Leute, die ihre Konsumfinanzierung in Anspruch nehmen, sehr genau darauf an, ob sie die ausgemachten Ratenzahlungen auch leisten können. Tausende von sogenannten Recherchеuren sind damit beschäftigt, dieses festzustellen. Auch sie riskieren im Grunde genommen nichts bei dieser Kreditgewährung. Dagegen verdienen sie 5 Proz. des gegebenen Darlehns. Da der Kredit in den meisten Fällen, wie schon oben gesagt war, für 4 oder 5 Monate läuft, macht der Zuschlag, für Hundert und das ganze Jahr berechnet, 12, 14, 15 und mehr Prozent aus. Wer also Waren im Ladenwert von 100 Mk. kauft, bezahlt in Wirklichkeit, falls er die Konsumfinanzierung in Anspruch nimmt, für dieselbe Ware 112, 114 Mk. oder noch mehr. Das ist sicher etwas reichlich verdient — allerdings für die Bank.

* * *

Wie bereits gesagt, wälzen Handel und Fabrikation das bei der Warenbelieferung des Kleinhändlers entstehende Risiko über die Konsumfinanzierung von sich ab. Das ist ein ganz bedeutender Vorteil für sie. Anstatt die Kosten dieser Abwälzung zu tragen, muß der Kreditnehmer dafür bluten. Wer eine Ware, die einen Wert von 100 Mk. hat, für 112 Mk. oder noch mehr auf Kredit nimmt, hat natürlich, für den Lauf eines Jahres gesehen, 12 Mk. weniger, um andere Waren kaufen zu können. Sein Arbeitseinkommen, seine Kaufkraft, hat sich mal erst um die 12 Mk., um die Kosten der Konsumfinanzierung, vermindert zugunsten des Handels, der Fabrikation, der Banken. Die Konsumfinanzierung ist also nichts anderes als eine Uebertragung von Kaufkraft, von Arbeitseinkommen, von dem Lohn- bzw. Gehaltsempfänger auf den Fabrikanten, den Händler, den Bankier. Die ganze Einrichtung, die augenblicklich wie ein Präriebrand im Reiche Ausdehnung sucht, läßt sich am besten mit der berüchtigten Kapitalsneubildungspolitik der letzten zwei Jahre vergleichen. Ihr Mittel, der übersteigerte Preis, bedeutete auch nichts als eine Uebertragung der Kaufkraft von dem Arbeiter auf seinen Warenlieferanten. Jetzt, nachdem die Preisübersetzung zur schärfsten Stockung im Warenabsatz geführt hat, besinnt man sich auf andere Mittel, um der Kapitalsneubildung auf Grund übersetzter Preise neuen Schwung zu geben — und läßt sich dafür, für eine wohl selten in der Wirtschaftsgeschichte dagewesene Ausbeutung, von dem Ausgebeuteten bezahlen.

* * *

In Amerika, wo der Warenkredit zu Hause ist, wo man Autos, Phonographen, Radios, Anzüge, Wäsche und tausend andere Sachen mehr auf Kredit kaufen kann, sollen im Jahre 1925 rund 5 Milliarden Dollar, also weit über 20 Milliarden Mark, in diesem Abzahlungsgeschäft umgesetzt worden sein. Für das Jahr 1926 berechnet man den Kredit, der im Warenabzahlungsgeschäft gegeben wird, auf ungefähr 6½ Milliarden Dollar, also auf weit mehr als 26 Milliarden Mark. Davon sollen allein 500 Millionen Dollar, gleich mehr als 2 Milliarden Mark, keinen Warenwert darstellen, sondern Zuschlag auf die kreditierte Kaufsumme sein. Durch das Abzahlungsgeschäft wird die Massenkaufkraft um rund 2 Milliarden Mark geschädigt. Man soll also über die geäußerten Bedenken gerade hinsichtlich der Schwächung der Kaufkraft durch die Konsumfinanzierung nicht so leicht hinweggehen. Nun hat die Konsumfinanzierung in Deutschland wenig Aussicht, ein Ausmaß wie in Amerika anzunehmen. Dafür kommt aber in Deutschland anderes in Frage, das bedenklich stimmen kann.

* * *

Wenn für Hunderte von Millionen Warenkredit gegeben wird, so handelt es sich nicht um Anlagewerte. Wer eine Maschine auf Abzahlung kauft und mit dieser Maschine arbeitet, kann aus dem Ertrag der Maschine die fällige Rate bezahlen. Wer einen Phonographen, einen Anzug usw. kauft, nimmt den Kredit in Anspruch, um sich ein Luxus- oder Verbrauchsgut, ein sogenanntes Konsumgut, zuzulegen. Solange die Kreditnehmer nun in Arbeit stehen, solange die Wirtschaft flott geht und Arbeitnehmer und Gehaltsempfänger verdienen, geht alles gut. Die Raten können pünktlich bezahlt werden. Tritt Arbeitslosigkeit auf, geht es mit der Konjunktur abwärts, dann werden sich Schwierigkeiten, die Raten pünktlich zu entrichten, einstellen. Da schließlich bei der ganzen Abzahlung einer vom andern Kredit nimmt — und das letzte Glied, die Bank, schließlich bei ihren Einlegern — müssen sich die Schwierigkeiten ganz automatisch auf die ganze Wirtschaft übertragen. Das Ende vom Liede dürfte ein Riesenkrach sein, wie wir ihn noch nicht erlebten. In Amerika ist man sich dieser Gefahr durchaus bewußt und in Schrift und Wort wird sie seit Jahren hinreichend erörtert. Wenn in Amerika bis jetzt der Rückschlag noch nicht eingetreten ist, so liegt das daran, daß die Reallöhne in Amerika in den letzten Jahren fortwährend gestiegen sind. Die Konsumfinanzierung verführt an und für sich zum Wareneinkauf über die Kraft des Kreditnehmers. In Amerika konnte das Mehrkaufen immer aus den steigenden Reallöhnen bezahlt werden. Bei uns liegen die Dinge nun allerdings so, daß die Kreditgeber bei der Konsumfinanzierung vorsichtiger verfahren und sich ihre Leute aussuchen. Wenigstens vorläufig. Dagegen setzt sich bei uns die Steigerung der Reallöhne weit schwerer durch. Die volkswirtschaftliche Gefahr der Konsumfinanzierung ist also bei uns keineswegs geringer.

* * *

Volkswirtschaftlich gesehen ist die Konsumfinanzierung ohne Nutzen. Sie stärkt die Kaufkraft der Massen nicht, sondern schwächt sie. Darin liegt ihre besondere Gefahr.

Nun scheint das Waren-auf-Kredit-nehmen ein unausrottbares Uebel zu sein. Man hat vor dem Krieg geborgt, und

Ohne Gewerkschaften:
Kinderausbeutung und Zerstörung der Familie.

hat auch sofort wieder geborgt, nachdem die deutsche Markentwertung überwunden war. Man nimmt schon seit zwei Jahren Anzüge, Wäsche, Haushaltungsgegenstände und Mögliches und Unmögliches mehr wieder auf Kredit. Insofern bedeutet ja die Konsumfinanzierung gar nichts Neues. Der Kreis der Kreditgeber vergrößert sich nur, indem Warenhäuser und Spezialgeschäfte, die bisher nur gegen Barzahlung abgaben, zum Warenkredit übergehen. Man imitiert Amerika, indem man das Borgunwesen in ein gewisses System bringt. Es scheint an der Zeit zu sein, daß man hier nach dem Rechten sieht.

Jeder von uns kennt das Abzahlungsgeschäft vor dem Kriege, das auch nach der Inflation wieder Gehversuche macht. Die Inhaber waren Halsabschneider, schlugen auf die kreditierte Kaufsumme beispiellose Zuschläge auf, trieben rücksichtslos ihre Forderungen ein und nahmen's von den Lebendigen. Wenn man das Abzahlungsgeschäft auch mit dem modernen Wort Konsumfinanzierung bezeichnet, so erinnern doch die Aufschläge, die ganze ungeheure Belastung des Konsumenten durch den Warenkredit äußerst lebhaft an die alten Abzahlungsgeschäfte. Man kämpft gegen die unangemessenen Zinssätze von heute. Wenn sich die Banken nach der Konsumfinanzierung drängen, wenn die Konsumfinanzierungen gegenwärtig im ganzen Reiche wie Pilze aus der Erde schießen (eben weil die Gewinnaussichten für das Bankkapital bei weitem besser sind als wenn es sein Geld in der produktiven Wirtschaft anlegt), handelt es sich um Wucher, um volkswirtschaftlichen Krebsschaden, den man sich unter die Lupe nehmen muß!

Internationale Zusammenarbeit.

Von Gebauer, Berlin.

Vom 12. bis 17. September fand in Genf der vierte Kongreß der Bournville Works Councils (Betriebsräte der Bournville-Werke) statt, der für alle, die auf dem Gebiete der internationalen Verständigung, insbesondere auch in Hinsicht der Sozialpolitik, tätig sind, von höchstem Interesse gewesen ist. Ehe wir zu dem Bericht über die eigentlichen Kongreßverhandlungen übergehen, möchten wir erst kurz erläutern, wer die Veranstalter sind und was sie mit diesen internationalen Zusammenkünften, die Jahr für Jahr stattfinden, bezwecken.

Die Bournville-Werke bei Birmingham in England sind in der ganzen englisch sprechenden Welt bekannt, da sie diese mit Schokolade und ähnlichen Erzeugnissen versorgen. Das ist nun eigentlich nichts Besonderes. Das Werk gewinnt erst insofern mehr Interesse für uns, als es dazu übergegangen ist, nicht nur Schokolade, also Ware, zu produzieren, sondern auch dem Problem näherzutreten: Was muß getan, und wie muß es getan werden, um die Arbeitsverhältnisse des Arbeiters, der im Betrieb tätig ist, vermittels eines Teiles des Profites so zu gestalten, wie es eigentlich unserer fortgeschrittenen Kultur nach notwendig ist? — Gewiß haben wir heute schon in allen Ländern eine Reihe Gesetze, die sich speziell mit dem Arbeiter befassen, welche versuchen, die Verhältnisse des Arbeiters nach mancher Richtung hin zu regeln. Wir erinnern nur an die reinen Arbeiterschutzgesetze, die die Arbeitszeit auf ein bestimmtes Maß festsetzen, sowie die Arbeit im Betriebe selbst bestimmten Vorschriften unterwerfen, nach denen sich Arbeiter sowie Arbeitgeber richten müssen. Wir erinnern weiter an die anderen Zweige der Sozialgesetzgebung, an Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung, welche alle den Zweck verfolgen, dem Arbeiter als den wirtschaftlich schwächeren Teil auch außerhalb des Betriebes in bestimmten Situationen zu helfen.

Eine Gesetzgebung wie die oben angedeutete finden wir in allen Ländern, deren Industrialisierung einen bestimmten Grad erreicht hat. Das sind gewiß alles erst Anfänge, denn dem einsichtigen Sozialpolitiker ist von vornherein klar, daß wir bei dem, was bisher erreicht wurde, nicht stehen bleiben können. Es müssen immer neue Wege gefunden werden, um die Schäden, welche unsere heutige Wirtschaftsweise verursacht, wegzuräumen und die sozialen Verhältnisse so zu gestalten, daß die Arbeit für die große Masse der Schaffenden keine Qual mehr bedeutet, sondern eine Befriedigung.

Die Bournville-Werke haben hier einen guten Anfang gemacht, und das Anerkennenswerte dabei ist, daß sie den größten Teil dessen, was sie bisher schafften, nicht taten auf Grund irgendeines gesetzlichen Zwanges, sondern freiwillig aus sich selbst heraus. Es spielt hier lediglich die Erkenntnis mit, daß ein Werk um so höheren Nutzen bringe, je besser neben den übrigen Einrichtungen, wie etwa Produktionsmittel und Arbeitsverfahren, die menschliche Arbeitskraft ist, die sich in diesem Werke betätigen soll. Dieser Gedanke ist selbstverständlich nicht neu. Auch vor dem Kriege gab es bereits andere Werke, die das schon begriffen hatten. Unser englisches Werk nun, trotzdem es einen Teil seines Gewinnes dazu verwandte, eine gesunde Werkspolitik zu treiben, machte doch keine rückläufige Entwicklung, sondern schritt im Gegenteil nur vorwärts. Das Werk begann mit 250 Angestellten und Arbeitern und zählte 1926 über 10 000. Um der Ausdehnung des Werkes genügend Spielraum zu sichern, wurde es aus der Stadt Birmingham, wo es zuerst dominierte, auf das Land verlegt. Hier begann eigentlich erst die wirkliche erfolgreiche soziale Arbeit dieses Betriebes.

Diese Arbeit wurde im Zusammenwirken mit dem Betriebsrat geleistet. Der Betriebsrat ist hier getrennt; es gibt einen besonderen Männerrat und einen Frauenrat. Beide beschäftigen sich zunächst mit Angelegenheiten, für die sie besonders gebildet sind. Nur bei großen allgemeinen Fragen treten sie zu gemeinsamer Sitzung zusammen.

Und es gab viel zu erledigen, das bewies die ganze Entwicklung des Werkes. Man wendete seine Aufmerksamkeit zunächst der Wohnungsfrage zu. Es sollten ausreichende und gesunde Wohnungen geschaffen werden. Wie man diese Frage gelöst hatte, zeigte ein Film, den man in Genf den Delegierten vorführte. Man sah hier eine komplette Gartenstadt — das richtige Ideal, wie es den Großstädtern vorschwebt. Die schrecklichen Mietkasernen waren daraus verbannt.

Dann legte man große Parks und Spielplätze an. Der Engländer, dessen Hauptleidenschaft der Sport ist, findet genügend Platz, um seinen Körper tummeln zu können. Daneben sind verschiedene andere Einrichtungen getroffen, in denen das Bildungswesen zu seinem Recht kommt. Schöne weite Gebäude mit Bibliotheken und Leseräumen stehen jedem zur Verfügung, der nach geistigen Genüssen verlangt. Dann finden sich wieder geschmackvoll ausgestattete Gesellschaftsräume, in denen man sich wie zu Hause fühlen und im Kreise der Kollegen plaudern kann. Für die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse ist durch einen ganzen „dining-room"-Block gesorgt, in dessen Gebäuden sich die Speisesäle befinden. Wenn man diese Bauwerke betrachtet, vermeint man, geschmackvoll entworfene Hotelfronten zu sehen. Für geringes Geld werden hier zu bestimmten Zeiten alle möglichen Speisen abgegeben. Diese Einrichtung wird besonders von ledigen Arbeitern, die noch kein eigenes Heim haben, benutzt.

Auf das Schulwesen hat das Werk ebenfalls seine Aufmerksamkeit gerichtet. Das Fortbildungsschulwesen steht auf einer besonderen Höhe.

Bei der Schaffung aller dieser Einrichtungen spielte, wie schon erwähnt, die Vertretung der Arbeiterschaft eine besondere Rolle. Deshalb muß uns diese Werkspolitik der Bournville-Werke besonders interessant erscheinen, weil wir es nicht nur mehr mit einem bewußten Ausfluß des Unternehmerwillens zu tun haben, sondern auch das Wirken der Arbeiterschaft beobachten können. Wie ganz anders erscheint uns etwa die Werkspolitik, die von den Schwerindustriellen Rheinland-Westfalens getrieben wird. Hier sucht man ängstlich jeden Einfluß der Arbeiter auszuschalten; nur die Leitung hat das Recht, anzuordnen und Neuerungen zu treffen, die zumeist nicht einmal im Interesse der Belegschaften liegen.

Die guten Ergebnisse einer solchen Arbeit, bei der die Arbeiter entscheidenden Einfluß besitzen, zeigen sich auch noch in anderer Weise. Gerade in diesem Bournville-Distrikt besitzt die englische Arbeiterpartei starke Stützen, und auch die Gewerkschaften dürfen sich über diesen Bezirk nicht beklagen. Hier sind nicht nur die Männer gut organisiert, sondern auch ein großer Teil der Frauen trägt das Mitgliedsbuch der Trade-Unions in der Tasche. In Gesprächen mit diesen Trade-Unionisten haben wir immer wieder feststellen können, daß es Leute waren, deren Stolz es war, gute Funktionäre ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu sein.

In den letzten drei Jahren hat nun der Gesamtbetriebsrat der Bournville-Werke mit Hilfe eines Fonds, der ihm zur Verfügung steht, Konferenzen abgehalten. Der Zweck dieser internationalen Zusammenkünfte ist, Angehörige der verschiedenen Nationen zusammenzubringen, um mit ihnen über Probleme zu diskutieren, die uns alle bewegen. Man will auf diese Art an einer besseren internationalen Verständigung mitarbeiten und dadurch vor allem den Friedensgedanken zu fördern. (Forts. folgt.)

Die Pfändung des Krankengeldes.

Die heutigen Zeiten mit ihrer überaus schlechten wirtschaftlichen Lage breiter Volksmassen bringen es mit sich, daß Zwangseintreibungen von Forderungen, Pfändungen usw., die doch früher mehr vereinzelte Erscheinungen waren, heute mehr und mehr an der Tagesordnung sind. Hauptsächlich die Einziehung von sogenannten Unterhaltsbeiträgen (Alimenten usw.) stößt heute auf große Schwierigkeiten. Zu den böswilligen Schuldnern dieser Art, die es ja schon immer gegeben hat, kommen heute noch die große Zahl derer, die diese Unterhaltsbeiträge, zu deren Zahlung sie gerichtlich verurteilt sind, nicht aufbringen können. Arbeitslosigkeit usw. hindert heute mehr wie je die Väter unehelicher Kinder die Unterhaltsgelder für dieselben an die Mütter abzuführen. Dies ist um so betrüblicher, als ja die Mütter dieser unehelichen Kinder in den meisten Fällen selbst nicht auf Rosen gebettet sind und schwer um den Lebensunterhalt für sich und das Kind ringen müssen. Daß diese Mütter alles mögliche versuchen, um zu den ihnen zustehenden Geldern zu kommen, ist selbstverständlich und auch ganz in Ordnung. Nach einem alten Sprichwort hat jedoch selbst der Kaiser da sein Recht verloren, wo nichts zu holen ist. Die Mütter unehelicher Kinder, die zwar ein vollstreckbares Urteil auf Zahlung von Unterhaltsgeldern in der Hand haben, jedoch gegen den Unterhaltspflichtigen nichts ausrichten können, da dieser entweder selbst nichts hat oder trotz aller Verurteilungen nicht zahlen will, wenden sich nun mit der Bitte um Rat und Hilfe an die Berufsvormundschaften und Vormundschaftsgerichte. Diese Instanzen versuchen nun auch alles mögliche, diesen Frauen und Mädchen zu helfen. Pfändungen am Arbeitslohn usw sind die Folgen dieser energisch unternommenen Schritte. In neuerer Zeit hat sich noch eine andere Art von Pfändung eingebürgert, die bislang so gut wie unbekannt war, die jedoch nichts anderes als ein Zeichen der großen Not ist, unter der heute die breite Masse zu leben gezwungen ist. Es ist dies die Pfändung von Krankengeld.

Es entsteht in der Oeffentlichkeit die Frage, ist überhaupt die Pfändung von Krankengeld statthaft? Namentlich die Bezieher von Krankengeld, denen das Unglück zustößt, daß ein Teil desselben mit Beschlag belegt worden ist, bestreiten diese Frage. Da sich diese Art der Pfändung in letzter Zeit erschreckend gemehrt hat, ist es unbedingt nötig, einmal die rechtliche Seite derselben näher zu beleuchten. Die Frage, ob eine Pfändung des Krankengeldes berechtigt ist, kann mit ja, aber auch mit nein beantwortet werden. Der § 850 der Zivilprozeßordnung sagt im Absatz 1 Ziffer 4: „Der

Pfändung sind nicht unterworfen die aus Kranken-, Hilfs- oder Sterbekassen, insbesondere aus Knappschaftskassen und Kassen der Knappschaftsvereine zu beziehenden Hebungen." Hier wird also klar zum Ausdruck gebracht, daß eine Pfändung von Krankengeld, Sterbegeld usw. nicht statthaft ist. Die Leistungen aus der Sozialversicherung sind für den persönlichen Bedarf des Anspruchsberechtigten bestimmt und sollen ihm von keinem Dritten entzogen werden können. Diesen Standpunkt des Gesetzgebers müssen wir voll und ganz unterstützen. Es würde die Arbeiterversicherung zum Teil illusorisch gemacht, wenn bei jeder Kleinigkeit dem Anspruchsberechtigten das Krankengeld oder eine sonstige Barleistung gepfändet werden könnte. Die Pfändung des Krankengeldes und sonstiger Barleistungen aus der Arbeiterversicherung ist jedoch in einigen wenigen Fällen zulässig. Nach § 119 Absatz 1 Ziffer 2 RVO. können die Ansprüche aus der Sozialversicherung gepfändet werden wegen der im § 850 Absatz 4 der Zivilprozeßordnung aufgeführten Forderungen. Nach dem Wortlaut dieser Bestimmungen kann das Krankengeld usw. gepfändet werden, wenn es sich um Eintreibung restierenden Unterhaltsbeiträge handelt, zu deren Leistung der Versicherte durch Gesetz oder rechtskräftiges Urteil verpflichtet ist. Zu diesen Unterhaltsbeiträgen rechnen auch die sogenannten Alimente für uneheliche Kinder. Selbstverständlich kann nicht das ganze Krankengeld gepfändet werden. Es muß dem Versicherten der Teil gelassen werden, den er zur notdürftigen Bestreitung seines und des Lebensunterhalts der von ihm zu unterhaltenden Personen bedarf. Diese Beträge, die der Versicherte zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes bedarf, und die deshalb nicht gepfändet werden können, richten sich ganz danach, ob der Versicherte ledig ist, verheiratet ist usw.

Wir sehen also, daß die Pfändung von Krankengeld usw. im allgemeinen nicht statthaft ist. Sie ist jedoch zulässig, wenn es sich um Unterhaltsbeiträge handelt. Es ist nun grundfalsch von den Versicherten, die von dem Mißgeschick einer solchen Pfändung betroffen werden, auf die Kasse zu schimpfen. Diese ist an dem Pfändungsvorgang selbst vollkommen schuldlos. Sie muß nur den Pfändungsbeschluß ausführen. Tut sie es nicht, so muß sie selbst die geforderten Beträge bezahlen. Der Versicherte kann lediglich die Aufhebung des Pfändungsbefehls beim Amtsgericht beantragen. Dieser Antrag ist aber vollkommen aussichtslos, wenn die Pfändung wegen restierender Unterhaltsbeträge erfolgte. Es ist dem Versicherten höchstens zu empfehlen, Einspruch wegen der Höhe der gepfändeten Teile des Krankengeldes usw. zu erheben. kl—s.

Arbeitskonferenz der Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das rechtsrheinische Tarifgebiet.

Die am Sonntag, den 24. Oktober 1926 im Lokale Hegelich, Barmen-II. stattgefundene Konferenz war sehr gut besucht. Das Referat über **„Die Kampffähigkeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes und die Aufgaben der Funktionäre"** hielt der Gauleiter Kollege **Pöhlmann**. Zunächst begründete derselbe die Notwendigkeit derartiger großer Konferenzen. Es komme darauf an, möglichst viele Funktionäre mit den heute stark umstrittenen Tagesfragen vertraut zu machen, um denselben die Stellungnahme unseres Verbandes zu diesen akuten Themen als Richtschnur im Tageskampfe zu übermitteln. Sodann geht der Vortragende auf die zu behandelnden Fragen ein. Nicht nur lohnpolitisch müssen wir uns betätigen, denn die anderen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind genau so wichtig. Zur Sozialpolitik erinnert der Referent daran, daß die Stellungnahme der Unternehmer zu derselben bekannt ist und sich nicht geändert habe, man könne sie mit einem Wort bezeichnen „Antisozial", was ja auch die Essener Tagung der Industriellen bewiesen habe. An dieser Tendenz ändere auch die Rede Silverbergs nichts. **Dem Arbeiterinnen- und Jugendschutz muß heute die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.** Die Regierung zu Düsseldorf versucht sich heute in antisozialer Tendenz selbst zu übertreffen. Was man in der Vorkriegszeit nicht gewagt habe, mute man heute der Arbeiterschaft zu. Es stehe fest, daß die Behandlung des Frauenschutzes sowie die Frage der Nachtarbeit durch einen Herrn Oberregierungsrat Czimatis nur zum großen Schaden der gesamten Arbeiterschaft ausarte. Wir verlangen von der Regierung die Beseitigung von Herren, die sich vom Alten nicht loslösen können und ihre ganze Tätigkeit darin erblicken, gegen die Arbeiterschaft und den vorhandenen kümmerlichen Arbeiterschutz zu Felde zu ziehen. Treffend und charakteristisch für die arbeiterfeindliche Tendenz der Düsseldorfer Regierung unter Leitung dieses Herrn Czimatis ist die Korrigierung der von diesem Herrn getroffenen Bestimmungen, betreffend die Nachtarbeit der Frauen in der Firma J. P. Bemberg, durch das preußische Handelsministerium. Selbst diese vorgesetzte Behörde hat also anerkannt, daß dieser liebe Diener des Unternehmertums im Kampfe gegen die Textilarbeiterinnen zu weit gegangen war. Dies genügt diesem Herrn aber noch nicht, neuerdings liegen uns regierungsseitig erteilte Genehmigungen vor, worin der Arbeiterinnen- und Jugendschutz betr. Arbeitspausen ohne weiteres bis zum 31. März 1927!!! außer Kraft gesetzt wird. Klarer kann die Kampfansage an die Arbeiterschaft durch eine Regierungsstelle nicht erfolgen. **Wir fragen bei dem Herrn Regierungspräsidenten Bergemann hiermit öffentlich an, ob er diese Tendenz dulden will?** Der Vortragende verlangte für die Arbeiterschaft erhöhten sozialpolitischen Schutz. Dieser erhöhte soziale Schutz liege im Interesse der deutschen Wirtschaft, die notwendigerweise gesunde Menschen gebrauche. Der Redner behandelt dann die heute im Brennpunkt des Tageskampfes stehende Frage der deutschen Wirtschaft. Alle Maßnahmen der Unternehmer, Zusammenlegung der Betriebe, sogenannte Rationalisierungsmaßnahmen, Ausschaltung der älteren Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß usw. verlangten gebieterisch einen erhöhten Schutz für die Erwerbslosen. Dem heutigen Zustande bei der Erwerbslosenfürsorge müsse bald ein Ende gemacht werden. Das bestehende Gesetz, wonach man jedem einzelnen Arbeitnehmer Beiträge abfordert, ihn aber vom Genuß eines Unterstützungsbezuges ausschaltet, widerspricht dem demokratischen Prinzip und muß in einem Staate mit demokratischer Verfassung unmöglich gemacht werden. Soweit wirtschaftspolitisch die Krise zu bekämpfen ist, muß der Forderung der Unternehmer nach **Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung die Forderung der Arbeiterschaft nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnaufbau entgegengestellt werden,** da der Arbeiter nicht nur Produzent, sondern auch Konsument ist. Die seit dem Jahre 1925 erlebte starke Wirtschaftskrise ist zu einem großen Teil auf falsche Lohnpolitik zurückzuführen, die das Unternehmertum Hand in Hand mit den staatlichen Schlichtungsstellen seit Festsetzung der Goldlöhne geführt hat. Für die Arbeiterschaft ist deshalb die Mobilmachung der eigenen Kräfte Voraussetzung eines jeden Fortschrittes.

Hier gilt es also für die Folgezeit in reger Werbetätigkeit für die Organisation einzutreten. Die Aussprache war sehr rege, bewegte sich aber einmütig im Rahmen des Vortrages, dem alle Redner zustimmten. Eine im Sinne des Referats gehaltene Entschließung fand einmütige Annahme. Die Versammlung beschloß, diese Entschließung durch die einzelnen Ortsgruppen allen tätigen Funktionären zuzustellen. Nach 3½stündiger Dauer schloß der Gausekretär Kollege Geratz die von schönem Geist der Kollegialität getragene Versammlung.

Durch die Gewerkschaften:
Gesunde Arbeiterjugend.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet.

(Nach der Zählung von Ende Oktober dieses Jahres, Beteiligung 97 Proz. der Verbandsmitglieder.)

Die neue Zählung ergab wiederum ein Nachlassen der Krise, so daß die Kurve der Beschäftigtenziffer bereits seit mehr als einem halben Jahre wieder aufwärts geht. Sie stand jedoch in den schlimmsten Monaten (März—Mai) so tief, und die Erholung ging so langsam vonstatten, daß auch heute noch von einem befriedigenden Beschäftigungsgrad nicht gesprochen werden kann. Sind doch noch immer **11,6 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos,** während **weitere 21 Proz. auf Kurzarbeit gestellt** sind. Das bedeutet, daß von je 100 unserer Verbandsmitglieder nur 67 sich einer vollen Beschäftigung erfreuen dürfen. (Unter den von der Statistik erfaßten Mitgliedern wurden noch 32 479 Arbeitslose und 58 953 Kurzarbeiter gezählt!) Bei einer Schichtung der Kurzarbeiter nach dem Grade des Arbeitszeitausfalls stellt sich erfreulicherweise seit einigen Monaten eine Mehrheit für die leichteren Grade der Kurzarbeit (ein bis zwei Tage Ausfall) heraus.

Vor nunmehr einem Jahre ging der Verband dazu über, die Prüfung der Arbeitsmarktlage der Textilindustrie auch auf die einzelnen Zweige der Textilindustrie auszudehnen. Es stellte sich da ziffernmäßig heraus, in wie ausgeprägter Weise die Beschäftigungskurven in den verschiedenen Zweigen unserer Industrie von einander abweichen. So ergab sich bei Beginn der Krise, daß z. B. die Baumwollindustrie dem allgemeinen Abgleiten anfänglich größeren Widerstand entgegensetzte, daß aber seit April der Beschäftigungsgrad dieses Industriezweiges unter dem Durchschnitt steht. Andererseits zeigte sich in der Woll- (einschließlich Kammgarn-) industrie seit der Junizählung eine verhältnismäßig gute Erholung; hier herrschte seit diesem Zeitpunkt der im Vergleich zu anderen Zweigen beste Geschäftsgang.

Die jüngste Zählung ergibt indessen, daß die Wollindustrie trotz immer noch sehr zahlreicher Arbeitsloser und Kurzarbeiter auf ihrem Höhepunkt bereits angelangt zu sein scheint. Die Arbeitslosenziffer ging zwar um ein geringes zurück, dafür vergrößerte sich aber die Zahl der Kurzarbeiter. Auch in den Seilereien macht sich der Stillstand der Besserung bemerkbar, obwohl hier die Lage noch ungünstiger ist als in der Wollindustrie. Es wäre verhängnisvoll für die Textilarbeiterschaft, wenn diese Anzeichen etwa auf eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes in der jetzigen Lage hindeuteten.

Nachstehend das Ergebnis der Oktoberzählung bezüglich der einzelnen Zweige der Textilindustrie, wobei wir diesmal einen Vergleich mit dem Monat April 1926, der den schlechtesten Beschäftigungsgrad innerhalb der nunmehr ein volles Jahr andauernden Krise aufweist, anstellen wollen:

Zweig der Textilindustrie	April 1926		Oktober 1926	
	Unter je 100 Verbandsmitgliedern befanden sich			
	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Seide und Kunstseide	21,4	42,0	12,0	13,5
Wolle	24,3	39,0	11,6	11,4
Baumwolle	15,0	65,2	9,4	28,8
Bastfaser (Flachs, Hanf, Jute)	23,6	57,3	18,6	23,1
Wirkerei und Strickerei	19,1	42,4	8,3	24,3
Gardinen, Spitzen, Tüll, Häkelei und Stickerei	31,9	63,1	22,1	23,1
Seilerei	23,4	59,8	12,9	14,9
Teppiche	13,8	61,5	9,6	8,2
Posamenten	24,6	47,6	16,3	27,3
Sonstige Zweige der Textilindustrie	15,1	46,7	12,4	22,9
Textilindustrie	20,0	52,2	11,6	21,0

Aus der Textilindustrie.

Erfolgreicher Streik in der Mechanischen Weberei, Färberei und Bleicherei, G. m. b. H. in Elmshorn.

Die Ursache dieses Kampfes lag in der Forderung der Arbeiterschaft nach Schaffung eines Manteltarifes und einer klaren Akkordberechnung. Die Firma dachte jedoch nicht daran, diesen Forderungen ihrer Arbeiterschaft nachzukommen. Deshalb befaßte sich am 10. August 1926 der Schlichtungsausschuß in Neumünster mit der Streitsache. Er fällte einen Spruch, wonach die Firma bis zum 1. September mit der Organisation über den Abschluß eines Manteltarifes verhandeln sollte. Alle Bemühungen, mit der Firma auf Grund dieses Spruches zu Verhandlungen zu kommen, schlugen jedoch fehl. Am 21. September 1926 mußte sich deshalb erneut der Schlichtungsausschuß mit der Angelegenheit beschäftigen. Diesmal setzte er durch Schiedsspruch einen Manteltarif für den Betrieb fest. Der Spruch mußte aber von der Arbeiterschaft abgelehnt werden, da er besonders für die Akkordarbeiter untragbar war.

Nachdem alle Bemühungen, mit der Firma auf friedlichem Wege zu einem Tarifverhältnis zu kommen, gescheitert waren, legte die Arbeiterschaft am 21. Oktober 1926 geschlossen die Arbeit nieder. Der Streik konnte bereits am 27. Oktober mit einem vollen Erfolg der Arbeiterschaft beendet werden. Es wurde ein Mantel- und Lohntarif abgeschlossen, der im wesentlichen den Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Die Ursache dieses schnellen Erfolges liegt in der restlosen Organisation der Arbeiterschaft dieses Betriebes.

Der Lohnkampf in Aachen erfolgreich beendet.

Bevor die Kündigung abgelaufen und die drohende Aussperrung perfekt wurde, hatte der zuständige Schlichter zu Verhandlungen eingeladen. Es kam ein Schiedsspruch zustande, der von beiden Parteien angenommen wurde. Der Ecklohn **für die männlichen Zeitlohnarbeiter wurde von 52,5 auf 60, für die weiblichen von 36 auf 40 Pf. erhöht.** Der Zeitlohn

Weiß, du bist frei — frei wirst du niemals werden!
Nun brauche deine Freiheit: wachse, wirke,

* FRAUENTEIL *

weite den Horizont dir daß du offenbarst,
wie leicht beschwingt dein Fuß ins neue schreite.
R. Dehmel.

Zu alt?

„Wenn ich noch so jung wäre wie Sie," sagte einmal anläßlich einer Hausagitation eine Frau zu mir, die dem Alter nach meine Mutter sein konnte, „dann würde ich auch noch mitmachen. Mich interessiert Gewerkschaft und Politik sehr, aber für uns Alte hat das keinen Zweck mehr, damit muß man früher anfangen."

Derartige Aussprüche beruhen selbstverständlich auf einem Irrtum. Alle Frauen haben das Bestreben, für sich und ihre Kinder bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen. Dieses ist aber nur mit Hilfe der Organisation möglich, deshalb müssen alle Arbeiterinnen derselben beitreten. Es ist grundfalsch, wenn viele glauben, wegen ihres Alters der Organisation fern bleiben zu müssen. Gerade die älteren Leute brauchen den Schutz der Gewerkschaft im besonderen, denn sie müssen damit rechnen, vom Unternehmer entlassen zu werden, weil er nur jüngere Kräfte beschäftigen will.

Die Frau hat eine Tochter, sie hat auch Söhne, ich erinnere sie daran, daß sie ihren Kindern mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Unsere Kinder sind es, die dereinst den Kampf weiterführen müssen. Wir wollen nicht, daß uns dieselben den Vorwurf machen, wir hätten ihnen einen recht steinigen und dornenvollen Weg hinterlassen. Darauf entgegnet sie mir: „Ich habe im Leben viel durchmachen müssen und was ich konnte, werden meine Kinder auch können. Mir ist nichts erspart worden, das Leben ist nun einmal Kampf. Ich habe meine Kinder zu fleißigen, rechtschaffenen Menschen erzogen, mehr kann man doch nicht tun."

Der Grundgedanke dieser Anschauung ist gut, denn ohne Zweifel ist es nichts wert, wenn die Kinder der Mutter an der Schürze hängen, so lange sie lebt. Selbständig muß der Mensch zur rechten Zeit werden. Immerhin ist die Meinung dieser Mutter auch sympathischer als die solcher Eltern, die ihre Kinder zeitlebens unter ihrer unbeschränkten Autorität haben möchten und hinterher erstaunt sind, wenn diese sich zu willensschwachen, charakterlosen Menschen auswachsen.

Zugegeben, wir können unseren Nachkommen den Lebenskampf nicht ersparen. Aber dafür können wir sorgen, daß das Leben unserer Kinder und damit ihr Kampf sich auf einer höheren, menschenwürdigeren Basis abspielt. Es genügt doch, wenn ein Fehler einmal begangen, ein Unglück einmal ausgekostet wird, um die nötigen Lehren daraus zu ziehen. Es ist darum auch gar nicht einzusehen, warum ein Mensch, und sei er noch so alt, auf Grund seiner Lebenserfahrungen seine Kinder nicht vor den gleichen Irrtümern und Leiden bewahren sollte, die ihm selber so manche bittere Stunde bereitet haben. Aber nicht etwa dadurch, daß man ihnen eine Meinung, eine Gesinnung aufdrängen will, denn das trifft schon zu, daß der Mensch nur aus eigenen Erfahrungen lernt. Das Ziel wird am besten erreicht, wenn man den Kindern die Augen für das wirkliche Leben öffnet, damit sie überhaupt imstande sind, Erkenntnisse zu sammeln und dann vor allen Dingen auch anzuwenden. Ein Beispiel: Eine alte Mutter jammert oft, welche entsetzlichen Folgen der Krieg gehabt hat, sie ist außer sich, wenn man ihr klar macht, daß die Kriegsgefahr noch immer besteht. Sie hat also die richtige Schlußfolgerung aus dem gezogen, was sie erlebt hat. Sie macht aber nicht die geringsten Anstrengungen, ihrem Sohn, der bei den Völkischen ist, zu überzeugen, welches Leid der Krieg heraufbeschwört. „Er ist alt genug," sagte sie, „er muß selber wissen, was er zu tun hat." Ja, liebe Mutter, schicke ihn nur in die Lazarette, schicke ihn auf die Friedhöfe, nenne ihm die Witwen und Waisen deiner Bekanntschaft, mache ihn aufmerksam auf die vielen vernichteten Existenzen. Das ist der lebendigste Anschauungsunterricht, dazu brauchst du nicht viele Worte zu machen.

Diese Passivität der Alten sowie auch mancher jüngeren Menschen hat noch einen anderen Grund. „Ich erlebe es ja doch nicht mehr." Damit schieben sie den Kampf um gewerkschaftliche und sozialistische Ziele von sich. Aus dem gleichen Grunde stehen auch manche alten Kollegen nach jahrzehntelanger Mitarbeit beiseite. Sie hatten geglaubt, in soundso vielen Jahren wäre es geschafft, und nun sich immer neue Probleme vor uns auftürmen, immer neue Kämpfe entbrennen, verlieren sie den Mut, sind sie enttäuscht. Dabei gibt es eins zu bedenken: Unser Kampf richtet sich gegen Jahrtausende alte Systeme, z. B. Sklaverei, Leibeigenschaft, vor allem gegen die vollkommene Unterdrückung der Frau usw. Dem Namen nach ist dieses wohl verschwunden, seinen geistigen Inhalt aber hat es auf unsere Zeit vererbt, um auch leider noch einen sehr großen Einfluß in den Hirnen der allermeisten Menschen auszuüben. Ein jeder, der sich diese Tatsachen überlegt, muß doch zu dem Schluß kommen, daß etwas, was nach Menschenaltern rechnet, so ungeheuer tief in der Vergangenheit verankert ist, daß es nicht ohne weiteres über den Haufen gerannt werden kann. Gleichgültigkeit und Lauheit müssen beiseite geschoben werden, es kommt im Kampfe auf den einzelnen Menschen an und jeder ist wertvoll. Die Frau muß endlich etwas mehr Selbstvertrauen gewinnen, dann wird auch die Lust zur Mitarbeit kommen. Ich habe den festen Glauben daran, daß die Frau genau so wie der Mann fähig ist, unsere gewerkschaftlichen und sozialistischen Ziele verwirklichen zu helfen. Wir sehen die Notwendigkeit vor Augen, daß die Frau Schulter an Schulter mit dem Manne um eine bessere Zukunft kämpft. Wenn beide Teile, Mann und Frau, den festen Willen aufbringen, mitzuhelfen am gewerkschaftlichen Aufbau, so werden wir bald ein stattliches Gebäude vor uns sehen und neue Helfer werden uns freudig zuströmen. Arbeiterinnen, setzt euren ganzen Stolz darein, Helferinnen zu sein im Dienst der Gewerkschaft, zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft. Nur gemeinsamer Kampf der Kollegen und Kolleginnen kann Aenderung schaffen und Frauen und Kindern ihr Recht aufs Leben erobern. Wir müssen uns immer und immer wieder vor Augen halten, daß das, was wir tun, für unsere Kinder und Kindeskinder geschieht. Erleben wir den Erfolg unserer Arbeit, dann wollen wir jauchzen und dankbar sterben, dankerfüllt an jene, die mit uns gekämpft haben. Erleben wir es nicht mehr, das große Aufatmen, was schadet es? Wir haben unsere Pflicht getan.

So sehr aussichtslos ist für unsere jetzt lebende Generation der Kampf nicht. Sehen wir auch die Vollendung nicht mehr, so erreichen wir doch nach und nach eine wirtschaftliche Erleichterung, eine geistige Freiheit nach der anderen. Arbeit kostet es jedoch noch viel, manche Mühsal liegt noch auf unserem Weg. **Darum hüten wir uns, vorzeitig müde zu werden.** Kolleginnen, auch wenn sie älter werden, müssen stets daran denken, daß die Organisation auch für sie von großer Bedeutung ist, ja daß sich dieselbe für sie im besonderen einsetzt. Gehen sie den jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit gutem Beispiel voran. Sagen sie ihnen, die noch unerfahren sind, daß sie die Pflicht haben, sich zu organisieren, wenn sie eine bessere Zukunft erhoffen. Immer wieder müssen wir allen, die noch abseits stehen, zurufen: Unser Machtwort heißt: **Organisation. Wer seine Kinder lieb hat und Unglück und Elend von ihnen abwenden will, wer den Sozialismus erkannt hat und denselben im Herzen trägt, der wird nie „zu alt" sein, der bleibt jung und tatenfroh bis zum letzten Atemzuge.**

für Weber und Weberinnen wurde von 52,5 auf 58, der Akkordrichtsatz von 63 auf 69,5 Pf. erhöht. Mit Rücksicht auf die bisher erzielten Mehrverdienste werden die Akkordsätze in den einzelnen Betrieben um 5 Proz. erhöht, mit Ausnahme der Akkordsätze der Weber und Weberinnen, Stöpferinnen, Debareusen und Zwirnerinnen und der reinen Spinnereibetriebe, die um 4 Proz. erhöht werden.

Lohnerhöhung in der Apoldaer Textilindustrie.

Der Verband der Apoldaer Textilindustrie E. V. kündigte zum 15. Oktober 1926 den bestehenden Lohntarif und beantragte Verlängerung der bisherigen Lohnsätze bis zum 31. Dezember d. J. Die Arbeitnehmer forderten dagegen eine Lohnerhöhung von 10 Proz., sowie Erhöhung des Lohnanteils der 14—16jährigen von 40 auf 50 Proz. vom Spitzenlohn. Ferner sollten die bisher in Lohngruppe 2 geführten Repassiererinnen, Zuschneiderinnen und Spulerinnen in Gruppe 1 einrangiert werden. Am 15. Oktober fanden Parteiverhandlungen statt, die jedoch scheiterten. Darauf haben beide Parteien den Schlichtungsausschuß in Weimar angerufen, der am 25. Oktober folgenden Spruch fällte:

„Der Tarifvertrag mit dem Lohnabkommen vom 27. August 1925 wird bis 31. Januar 1927 verlängert. Von der laufenden Lohnwoche an bis zu der Lohnwoche, in die der 31. Dezember 1926 fällt, wird ein Lohnzuschlag von 5 Proz. gewährt. Die Repassiererinnen werden von der laufenden Lohnwoche ab nach Gruppe 1 bezahlt. Eine Erhöhung der Löhne der Jugendlichen wird zurückgestellt."

Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die Spitzenlöhne betragen nunmehr für Hilfsarbeiter männlich 56 und weiblich 43 Pf. Die Facharbeiterlöhne betragen für Männer 68, für Frauen 55 Pf. (Spulerinnen 49 Pf.). Der Akkordrichtsatz ist für Männer 66,7 und für Frauen 51,7 Pf.

Unternehmerfrechheit.

Mit welcher geradezu beispiellosen Frechheit manche Unternehmer versuchen, den Arbeitern ihre wohlerworbenen Rechte strittig zu machen, zeigt das Vorgehen der Firma Carl Zechendorf G. m. b. H., Färberei und Ausrüstung in Reichenbach i. V. Diese Firma stellt „aushilfsweise" Arbeiter ein, von denen jeder einzelne folgenden geradezu unglaublichen „Verpflichtungsschein" unterschreiben muß:

Carl Zechendorf
G. m. b. H. Reichenbach i. V., 10. 11. 1926.
Färberei und Ausrüstung.

Verpflichtungsschein!

Zwischen dem Arbeiter ....., wohnhaft Reichenbach i. V., ... straße ... und der Firma Carl Zechendorf G. m b. H., Reichenbach i. V., wurde heute im Einverständnis mit dem Arbeiter ..... folgender Vertrag abgeschlossen und durch eigenhändige Unterschrift vollzogen:

Ich verpflichte und erkläre mich durch eigenhändige Unterschrift, in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, einverstanden, bei der Firma Carl Zechendorf G. m. b. H., wohnhaft Reichenbach i. V., aushilfsweise gegen üblichen Tarif zu arbeiten, und verpflichte mich bei fristloser Entlassung, sei es aus Mangel an Arbeit oder sonstiges, von seiten des Arbeitgebers keine Ansprüche auf irgendeine Art geltend zu machen. Ferner habe ich mich durch meine Unterschrift damit einverstanden erklärt, daß, falls ich durch eine Neuwahl des Betriebsrates durch die zurzeit beschäftigte Belegschaft der Firma als Betriebsrat oder als Betriebsratsmitglied gewählt werden sollte, jederzeit fristlos entlassen werden kann, und die Firma Carl Zechendorf G. m. b. H. hierbei nicht schadenersatzpflichtig machen kann.

Carl Zechendorf
Färberei und Appretur
Reichenbach i. V. Unterschrift des Arbeiters.
G. m. b. H.
gez. Knüpfe:

Würde dieser „Verpflichtungsschein" nicht schwarz auf weiß vor uns liegen, so könnte man an einen schlechten Witz glauben. So aber ist diese Ungeheuerlichkeit Tatsache. Abgesehen davon, daß der „Verpflichtungsschein" nicht nur gegen die bestehenden Gesetze und Verordnungen, sondern auch in ganz starkem Maße gegen die guten Sitten verstößt und deshalb rechtlich ungültig ist, liegt hier ein ganz ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der Arbeiterschaft vor, der aufs schärfste bestraft werden müßte. Was sagt die Staatsanwaltschaft dazu?

Aus dem Unternehmerlager.

Die Gelben an der Arbeit.

Vor kurzem sind eine Anzahl Unternehmer im Lokal des Reichswirtschaftsrates in Berlin zusammengekommen, um eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu gründen. Diese Neugründung richtet sich wohl in erster Linie gegen die Anhänger der Silverbergschen Richtung im Arbeitgeberlager. Zum anderen wollen sie zweifellos den gelben Gewerkschaften besonderen Vorschub leisten. Aus der Textilindustrie finden wir Unternehmer, die an dieser Gründung mit teilgenommen haben, die sich bisher schon einen Namen in der Gründung gelber Gewerkschaften erworben haben. Es sind da zu nennen der Direktor Dr. Horst, Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Delmenhorst, Fabrikbesitzer Elster, Adorf i. Vgtl., dessen Schwiegervater, Kommerzienrat Uebel, in Fa. Gebr. Uebel, Plauen i. Vgtl. Diesen Herren war bisher zur Bekämpfung der Gewerkschaften jedes Mittel recht. Dabei ist aber darauf zu verweisen, daß sie einen großen Einfluß auf die Unternehmer der Textilindustrie ausüben. Die Spinnereibesitzer Elster, Adorf, und Friedrich Uebel, Plauen, sind bekannte Führer der sächsischen Textilindustriellen. Der Direktor Horst, Delmenhorst, sowie auch der Spinnereibesitzer Elster und Friedrich Uebel, Plauen, haben sich in letzter Zeit ganz besonders in der Heranzüchtung gelber Gewerkvereine betätigt. Die Textilarbeiterschaft wird auf die Tätigkeit dieser Herren besonders Obacht geben.

Soziales.

Die neuen Sätze der Erwerbslosenfürsorge.

Der Deutsche Reichstag wurde vor kurzem ein sozialdemokratischer Antrag, der eine 30prozentige Erhöhung der Erwerbslosensätze vorsah, angenommen. Die Regierung hat diesen Antrag nicht zur Durchführung gebracht, sondern eine Verordnung erlassen, nach der die Unterstützungssätze für die alleinstehenden Erwerbslosen nur um 15 Proz. und für nicht Alleinstehende um 10 Proz. erhöht werden. Die neuen Sätze sehen folgendermaßen aus:

	in den Orten der Ortsklassen: A.	B.	C.	D. und E.
	Reichspfennige			
1. für Personen über 21 Jahre:				
a) alleinstehende	205	191	177	159
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	178	167	156	145
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab	196	183	169	145
2. für Personen unter 21 Jahren:				
a) alleinstehende	136	127	117	92
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	108	101	95	88
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab	119	111	103	88
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	55	52	49	46
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	39	37	35	33

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Spitzensätze übersteigen:

	in den Orten der Ortsklassen: A.	B.	C.	D. und E.
	Reichspfennige			
1. während der ersten acht Unterstützungswochen	389	367	345	323
2. vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab	407	383	358	323

Für Groß-Berlin sind die Sätze der Ortsklasse A. maßgebend.

Die Behandlung der Erwerbslosenfürsorge durch den Reichstag und durch die Parteien ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Geschichte.

Berichte aus Fachkreisen.

Langenbielau. Vergangenen Mittwoch, den 20. Oktober, hielt der Deutsche Textilarbeiterverband, Bezirksfiliale Langenbielau, bei Dinter, seine Quartalsgeneralversammlung ab. Der Geschäftsführer Kollege Leuchtenberger gab den Kassenbericht vom dritten Quartal, aus dem eine finanzielle Aufwärtsentwicklung unserer Organisation festzustellen war. Die ausbezahlten Unterstützungen, die im ersten und zweiten Quartal eine bedenkliche Höhe erreicht hatten, waren im dritten Quartal infolge der vermehrten Arbeitsmöglichkeit in den einzelnen Betrieben wieder zurückgegangen, so daß größere Beträge für andere Zwecke des Verbandes zurechtgehalten werden konnten.

Dann berichtete Geschäftsführer Kollege Lang über den bisherigen Verlauf der Differenzen über die Bezahlung der Ferien zwischen dem Verband Schlesischer Textilindustrieller und den Arbeiterorganisationen. Aus den eingehenden Darlegungen war zu entnehmen, daß der Deutsche Textilarbeiterverband weder Zeit noch Mühe gescheut hat, um der schlesischen Textilarbeiterschaft die ihnen zustehende Bezahlung der vollen Ferientage zu verschaffen. Erfreulicherweise liegen auch schon eine ganze Reihe von Gewerbegerichtsurteilen in Schlesien vor, wo die dort verklagten Unternehmer dem Klageantrage entsprechend verurteilt worden waren. Die Gründe, die den Verband veranlaßt haben, bisher von einer Klage am Reichenbacher Gewerbegericht abzulehnen, wurden dargelegt und von der Versammlung gewürdigt. Da aber nach wie vor der Verband Schlesischer Textilindustrieller offiziell ablehnt, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die noch nicht bezahlten Ferientage zu bezahlen, so bleibt nichts anderes übrig, als auch weiterhin alle Hebel in Bewegung zu setzen, bis der letzte Textilarbeiter und die letzte Textilarbeiterin auch den ihnen rechtlich zustehenden Anspruch in Händen haben. Sämtliche Versammlungsbesucher bestätigten dem Vorstand, in vollem Maße seine Pflicht erfüllt zu haben.

Anschließend daran hielt die beim Hauptvorstand angestellte Verbandssekretärin, Kollegin Emma Ritsche, einen Vortrag über den „Arbeiterinnen-Kongreß in Gera". Die Kollegin behandelte in kurzen Zügen das der Textilarbeiterschaft durch den „Textilarbeiter" als wie auch schon durch frühere Versammlungen bekanntgegebene Gebiet des „Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes", die vom Verband bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Ausdehnung und Verbesserung dieses Schutzes und der Forderungen, die der Verband erneut an die gesetzgebenden Körperschaften zu stellen hat. Rednerin erwähnte auch die wuchtige Demonstration, die aus Anlaß des Kongresses in Gera stattgefunden, und an der sich zirka 10 000 beteiligt hatten.

Weiter ermahnte die Rednerin die Frauen zu viel größerer Mitarbeit als wie bisher, da bei der Mitarbeit der Frauen in der gewerkschaftlichen Organisation und im politischen Leben sich erst ihr Einfluß auswirken kann. Zum Schluß wurde ersucht, sich freiwillig zu einer Arbeiterinnenkommission zusammenzufinden, um durch diese Arbeiterinnenkommission die Mitarbeit auch bei der sonst noch fernstehenden großen Masse der Arbeiterinnen zu wecken.

Wir wollen hoffen, daß die aufgeschriebenen Kolleginnen auch mit Mut und Ausdauer sich an ihre ihnen zugewiesenen Aufgaben herangehen.

Plauen. (Delegiertenversammlung.) Die Versammlung war von 105 Delegierten besucht. In den Punkt 1. Bericht vom ersten deutschen Textilarbeiterinnenkongreß in Gera, teilten sich die Plauener Delegierten, die Kolleginnen Kunst, Schiller und Lienemann. In einem zusammen drei Viertelstunden dauernden Vortrage gelang es den Berichterstatterinnen, ein in sich abgerundetes Bild von der von 400, darunter 280 weiblichen Delegierten besuchten hochbedeutsamen Tagung, deren wichtige Beschlüsse und der einzigartig gewaltigen Demonstration zu geben, an der sich 8000 Arbeiterinnen, darunter 70 aus Plauen, beteiligten. Die anschließende Debatte bewegte sich im Sinne der auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse.

Im „Geschäftsbericht" gab Kollege Kohlmus eine Uebersicht über den gegenwärtigen Geschäftsgang, von dem er die erfreuliche Tatsache feststellte, daß eine kleine Besserung in allen Branchen der hiesigen Textilindustrie eingetreten sei. Es sei jedoch falsch, aus dieser günstigen Entwicklung irgendwelche Schlüsse für die Zukunft ziehen zu wollen. Was die Organisation anbelangt, so könne trotz des immer unverhüllteren Eintretens der Betriebsleitungen für ihre Schützlinge, die Gelben, eine befriedigende Entwicklung festgestellt werden, was übrigens auch aus einem Vergleich zwischen dem Markenumsatz des zweiten und dem des dritten Quartals hervorgeht.

An Versammlungen, Sitzungen aller Art, fanden 99 statt. Verhandlungen mit Arbeitgebern 8 und Tarifverhandlungen 2. Außerdem 20 Vertretungen vor dem Gewerbegericht und dem Schlichtungsausschuß. Handzettel wurden 10 000 verteilt. Flugblätter 15 000.

Vom Kollegen Hecht wurde der „Kassenbericht" gegeben, der eine Einnahme von 23 377,07 Mk. aufweist, dem eine Ausgabe von 20 116,04 Mk. gegenübersteht. Seine von ihm gegebenen Betrachtungen über die Entwicklung der Lokalkassenverhältnisse wurden aufmerksam verfolgt und fanden in der Annahme der von der Ortsverwaltung gestellten Anträge die gebührende Beachtung.

Wie nicht anders zu erwarten war, entstanden über die Anträge: Erhöhung des Lokalzuschlages von 10 auf 15 Pf. pro Beitragsmarke mit Ausnahme der 30-Pf.-Beitragsmarke, und die Einführung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. von den Erwerbslosen eine lebhafte, doch sachliche Aussprache. Nicht weniger als 15 Diskussionsredner beteiligten sich an der Aussprache. Eingehend, mit sichtlichem Ernst wurde das Für und Wider der Anträge besprochen. Die Abstimmung hierüber ergab die Annahme der von der Ortsverwaltung gestellten Anträge mit 103 gegen 2 Stimmen. Die Einführung geschieht mit dem 14. November d. J. Zwei weitere Anträge beschäftigten sich mit der Erweiterung des Delegiertensystems, nachdem ein zur letzten Delegiertenversammlung gestellter Antrag auf Abschaffung desselben zurückgezogen war. Die Anträge verlangen, daß künftig in den Delegiertenversammlungen auch die Unterkassierer, die Betriebsratsvorsitzenden und die Betriebsobleute Sitz und Stimme haben und daß Branchen mit weniger als 30 Verbandsmitgliedern durch zwei Delegierte vertreten sein sollen. Diese Anträge wurden nach einer kurzen Aussprache mit übergroßer Mehrheit angenommen.

In die Vorschlagskommission für die Vorbereitung der Wahlen der Funktionäre zur nächsten Generalversammlung wurden die Kolleginnen Lienemann und Böhme, die Kollegen Keller, Hennebach, Petzold, Fischer und Heinel bestimmt. Nach einem kurzen Hinweis des Vorsitzenden, für die restlose Durchführung der gefaßten Beschlüsse, jeder nach seinen Kräften mitzuwirken, fand die von gutem Geist beseelte Versammlung einen erfreulichen Abschluß.

An diesem Ausgang konnten auch die krampfhaften Bemühungen einiger kommunistischer Kollegen nichts ändern, die die Versammlung als Plattform zur Propaganda ihrer kommunistischen Weisheiten benutzen wollten. Die Versammlung übte ihnen gegenüber die schonendste Nachsicht. Sie ließ die Unbelehrbaren reden, amüsierte sich zuweilen und — faßte ihre Beschlüsse.

Literatur.

Wilhelm Wolff: **„Der Achtstundentag".** Seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 112 Seiten. In Ganzleinen geb. 4,80 Mk., brosch. 4 Mk.

Der erste Teil des Buches enthält eine vorzügliche „kurzgefaßte Geschichte der täglichen Arbeitszeit und insbesondere des achtstündigen Arbeitstages", und zwar 1. „vor und zu Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsepoche", 2. „die Entwicklung bis um das Jahr 1890", 3. „die Entwicklung unter internationalem und insbesondere sozialistischem Einfluß bis 1914", 4. „die Fortschritte der Achtstundentagbewegung unter dem Einfluß des Weltkrieges und seines revolutionären Abschlusses von 1918 bis zur Gegenwart", 5. „die Reaktion gegen den Achtstundentag". Besonders bemerkenswert sind in diesem Teil die (statistischen) Darlegungen darüber, wie lang die Arbeitszeit tatsächlich in den verschiedenen Kulturländern war und ist, bzw. wieviel Prozent der Arbeiter jeweilig so oder so lange beschäftigt waren.

Der zweite Teil berichtet über „die Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit in Deutschland nach dem Kriege", und zwar 1. über „ihre Folgen in den wichtigsten Wirtschaftszweigen vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus, insbesondere ihren Einfluß auf die Arbeitsleistung in den wichtigsten Industriezweigen, 2. „die volkswirtschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit". Dieser Teil enthält eine geschickte Auswahl und eine gute Darstellung solcher Berichte, die ein günstiges Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung zeigen.

Der dritte Teil umfaßt kritische Bemerkungen zur Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland.

Ein Anhang enthält den Wortlaut des Washingtoner Abkommens, der Arbeitszeitverordnung vom 21. November 1923 und des Londoner Abkommens.

Soziale Bauwirtschaft. Die soeben erschienene Nummer 20 der Sozialen Bauwirtschaft behandelt das Gebiet der Wohnungsfürsorge, insbesondere die vom privaten Unternehmertum und der privaten Architektenschaft mit allen Mitteln bekämpfte gemeinnützige Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften. Einem Aufsatz Justus von Gruners, des Direktors des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften, über die Aufgaben der Wohnungsfürsorgegesellschaften schließen sich kurze Berichte über die Tätigkeit der einzelnen Wohnungsfürsorgegesellschaften an. Von den gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften hat allein die DEWOG (Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter) mit ihrer Tochtergesellschaft, der GEBAG (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bauaktiengesellschaft) in Berlin während ihres zweijährigen Bestehens 1200 Kleinwohnungen erbaut. Der Volkshaus G. m. b. H. in Lüneburg ist es gelungen, Zweizimmerwohnungen mit allem Zubehör in Siedlungshäusern für den außerordentlich billigen Preis von 4500 Mark herzustellen. Die von der Bauhütte Nord für diese Siedlung geschaffenen Entwürfe nebst Grundrissen sind abgebildet. Dazu kommen Abbildungen von vorbildlichen Bauten der älteren Wohnungsfürsorgegesellschaften. Im üblen Gegensatz zu der segensreichen Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften stehen gewisse schwindelhafte, zur Ausbeutung der unter der Wohnungsnot leidenden Volksgenossen geschaffenen Unternehmen, von denen in neuerer Zeit wieder einige zusammengebrochen sind. Vor der Beteiligung an solchen Unternehmungen wird gewarnt.

Briefkasten.

Unterhaun bei Hersfeld: H. K. Mit Vollendung des 65. Lebensjahres.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 21. Nov., ist der Beitrag für die 47. Woche fällig

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Düren. Peter Schaaf, Jakob Vogel, Josef Hahnengreß.

Füssen. Walburga Christa, Alban Maier.

Forst-Lausitz. Ella Gehrenz.

Kolbermoor-Bruckmühl. Karoline Eckleder.

Reutlingen. Gottlob Wenzelburger, Christian Rall, Adam Breitmaier.

Ehre ihrem Andenken!

Gesucht nach der Schweiz tüchtige in allen vorkommenden Arbeiten bewanderte **Posamentenarbeiterin**
J. Schnarrwyler, Posamentier, **Luzern** (Reisevergütung).

Klassische Romane der Weltliteratur
in Ganzleinen gebunden, mit Goldaufdruck und Pergamin-Schutzumschlag
für 2,25 Mk.

Auerbach, Barfüßele
Brachvogel, Friedemann Bach
Dostojewski, Raskolnikow oder Schuld und Sühne
Dumas, Acte
Flaubert, Madame Bovary
Gerstäcker, Die Regulatoren in Arkansas
Murger, Zigeunerleben
Tolstoi, Aufe stehung
Tolstoi, Die Kreutzersonate
Twain, Die Abenteuer Tom Sawyers
Twain, Die Abenteuer Huckleberry Finns
Wilde, Das Bildnis des Dorian Gray
Kingsley, Hypathia
Storm, Der Schimmelreiter und andere Novellen

Sämtliche Bände sind auch in Halbleder gebunden mit Feingold-Rückenprägung, Feingoldkopfschnitt und Schutzkarton für **3,75 Mk.** lieferbar.

WIR KAUFEN:
Generalversammlungs-Protokolle des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes von 1882-1910, sowie Rechenschaftsberichte von 1898-1905. Angebote sind an uns zu richten:

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.
Buchhandlung, Berlin O 34, Memeler Str. 8-9

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Memeler Str. 3/9. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drechsel in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.